

STELLUNGNAHME / Welt ohne Kompass /

Seit dem 24. Februar 2022 erschüttert der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine Europa. Seine Folgen und Eskalationsgefahren sind von globaler Bedeutung. Mit dem Terroranschlag der Hamas auf Israel hat der 7. Oktober 2023 eine vergleichbare Bedeutung für den Nahen Osten erlangt, wo ein regionaler Flächenbrand droht. Gleichzeitig ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gelähmt. Interessengeleiteter Minilateralismus verdrängt einen institutionenorientierten Multilateralismus. Kurz: Die Welt ist ohne Kompass.

Der Frieden in der Welt ist nicht nur aktuell durch Krieg und Gewalt gefährdet; auch langfristig sind seine Grundlagen bedroht: Die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) bleibt in vielen Weltregionen dramatisch hinter den Erwartungen zurück. Die internationale Gemeinschaft verliert wertvolle Zeit, sich in sozial gerechter Weise auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten.

Die politischen Projekte globalen Regierens der 1990er und 2000er Jahre – Stärkung und Ausbau multilateraler Institutionen, Förderung von Demokratisierung, extern unterstützte Friedensförderung – sind in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten zum Erliegen gekommen oder gescheitert. Zukunftsweisende Ideen für die politische Gestaltung einer neuen globalen Ära sind rar. Angesichts der multiplen Krisen unserer Zeit benötigt die globale Politik neue, pragmatische Orientierungspunkte. Zu gewinnen sind diese erstens aus dem Völkerrecht und multilateral vereinbarten Prinzipien und Regeln in den verschiedenen Politikfeldern, die kooperativ weiterentwickelt werden müssten. Zweitens sollten die konfrontativen Sicherheitspolitiken durch gemeinsames Risikomanagement und Rüstungskontrolle eingeeht werden. Und drittens sollten Strategien der Konfliktbearbeitung über die Sondierung von Waffenruhen, Waffenstillständen und Verhandlungen auch in solchen Situationen verfolgt werden, in denen kurzfristige Erfolge wenig wahrscheinlich sind.

↘ **STAATSRÄSON UND VÖLKERRECHT: DER ISRAEL-GAZA-KRIEG**

Der Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat Israel grundlegend erschüttert. Dies liegt nicht nur an der hohen Zahl der Opfer, sondern auch an der Brutalität des Massakers. Die Hamas hat sich damit einer Logik der Vernichtung verschrieben, die alte Traumata hervorruft und das Existenzrecht Israels negiert.

Gleichzeitig ist das Vorgehen Israels bei seiner Bodenoffensive gegen die Hamas im Gaza-streifen besorgniserregend. Die israelische Kriegführung ging über die legitime Ausübung des Selbstverteidigungsrechts hinaus und verstieß in mehrfacher Hinsicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das humanitäre Völkerrecht, worunter vor allem die palästinensische Zivilbevölkerung – mit weit über 30.000 Toten und über 70.000 Verletzten – leidet. Eine hohe normative Bedeutung kommt hier den Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu, der auf Grundlage einer Klage Südafrikas über die Gefahr eines Genozids in Gaza zu entscheiden hat.

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach dem Attentat vom 7. Oktober 2023 Israel zurecht in seinem Anspruch auf Selbstverteidigung unterstützt. Sie stand dabei nicht zuletzt in der Tradition der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese hatte am 18. März 2008 vor dem israelischen Parlament hervorgehoben, dass die Sicherheit Israels für Deutschland niemals verhandelbar sei. Ob der von ihr verwendete und in den vergangenen Monaten wiederholte Begriff der Staatsräson für dieses zentrale politische Leitprinzip angemessen ist, ist fraglich. Wie auch immer man sich hier positioniert: Staatsräson kann nicht vor Völkerrecht gehen. Die Bundesregierung hat mit ihrer Haltung gerade in den ersten Monaten nach dem 7. Oktober Zweifel geweckt, ob sie mit dem notwendigen Nachdruck – auch im Sinne einer Universalität der Menschenrechte – für die Belange der palästinensischen Bevölkerung eintritt, die in Gaza in extremer Weise Zerstörung, Vertreibung, Tod und Hunger ausgesetzt ist.

Staatsräson kann nicht
vor Völkerrecht gehen

Problematisch sind in diesem Zusammenhang die Waffenlieferungen an Israel. Sowohl nach dem internationalen Arms Trade Treaty (ATT, Waffenhandelsvertrag) als auch dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz darf die Bundesregierung keine Rüstungsexporte genehmigen, wenn ein Risiko besteht, dass diese den Frieden, die Sicherheit, das humanitäre Völkerrecht oder die Menschenrechte gefährden. Ein solches Risiko besteht aktuell in Gaza. Die Bundesregierung sollte deshalb von solchen Waffenlieferungen (vor allem Klein- und Leichtwaffen, Munition) an Israel absehen, die für den Krieg in Gaza eingesetzt werden. Allerdings sollte das nicht die Verteidigungsfähigkeit Israels gegen staatliche Bedrohungen einschränken.

Zur langfristigen Bearbeitung des Konflikts wird das Ziel einer Zweistaatenlösung erneut ins Spiel gebracht. Doch die Situation in Israel und in den palästinensischen Gebieten gleicht nicht mehr derjenigen in den 1990er Jahren, als der Osloer Friedensprozess eine solche Verhandlungslösung anstrebte. Gefördert durch die israelische Regierung ist die Zahl der jüdischen Siedler:innen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem seither massiv gestiegen. Israel hat die Besatzung immer weiter institutionalisiert, Teile der aktuellen

Regierung reden offen der Annexion das Wort. Die palästinensische Bevölkerung hingegen lebt mit erheblichen Einschränkungen ihrer Rechte, ihrer Ressourcen und ihrer Mobilität und ist im Westjordanland zunehmend den gewaltsamen Übergriffen von Siedler:innen und Sicherheitskräften ausgesetzt. Die palästinensischen politischen Institutionen sind gespalten, schwach, stehen unter hohem Korruptionsverdacht und werden von der eigenen Bevölkerung nicht als legitime Vertretung angesehen.

Von den Staaten der Region ist keine einheitliche Linie zu erwarten. In den Beziehungen der Nachbarstaaten zu Israel gibt es aktuell Bewegung; inwieweit dies eine Perspektive für eine Konfliktlösung mit den Palästinenser:innen beinhalten könnte, ist offen. Der Iran und seine Verbündeten stehen Israel hingegen feindselig gegenüber, wie der direkte und damit qualitativ neue Angriff des Iran auf Israel in der Nacht zum 14. April 2024 zeigte.

Eine Zweistaatenlösung ist kurzfristig kaum realisierbar

Die Zweistaatenlösung bleibt eine langfristige Perspektive, aber kurzfristig ist sie kaum realisierbar. Zunächst geht es um dringendere Schritte: eine Waffenruhe, die Befreiung der Geiseln und die humanitäre Versorgung der Bevölkerung in Gaza. Nach Kriegsende sollte Deutschland mit seinen Partner:innen auf eine international verantwortete Übergangsphase für den Gazastreifen hinarbeiten, die die humanitäre Versorgung, wirtschaftliche Erholung und politische Perspektiven ermöglicht. Ein Mandat der Vereinten Nationen (VN) zur Gewährleistung der Sicherheit wäre denkbar, angesichts der Blockade des Sicherheitsrates jedoch unwahrscheinlich.

↘ **KRISENHERD WESTAFRIKA**

Seit 2022 befindet sich das weltweite Gewaltgeschehen auf dem höchsten Niveau seit 30 Jahren. Die Zahl der Kriegsoffer verdoppelte sich im Vergleich zu den Vorjahren. Wenngleich die Ukraine und Gaza die Berichterstattung dominieren, werden mehr als die Hälfte der weltweiten Gewaltkonflikte in Sub-Sahara Afrika ausgetragen. Der Sudan, Tigray in Äthiopien oder die Region des Tschadsees sind wichtige Krisenherde. Zuletzt verschlimmerte sich die Sicherheitslage in Westafrika, wo dschihadistische Gruppen gegen Regierungstruppen kämpfen. Militärputsche in Niger (2023), Gabun (2023), Burkina Faso (2022), Guinea (2021) und Mali (2021) verstärkten die Volatilität der Region. Sanktionen der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und die scharfe Kritik europäischer Staaten provozierten den Austritt von Mali, Niger und Burkina Faso aus der ECOWAS und stärkten die Legitimität der Juntas. Die Putschist:innen fanden zudem neue internationale Partner:innen, vor allem Russland.

Die Entwicklungen in der Sahelzone sind zu wichtig, als dass sich Europa und Deutschland vollständig zurückziehen könnten. Nach Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Mali sollte sich die Bundesregierung diplomatisch und entwicklungspolitisch weiter in der Region engagieren und mit zivilgesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten. Generell sollte die Bundesregierung Kriterien für die Entwicklungszusammenarbeit in autoritär geführten Ländern definieren.

Deutschland sollte sich weiter diplomatisch und entwicklungspolitisch in der Sahelregion engagieren

➤ **WARUM DAS LOKALE ZÄHLT: FRIEDEN UND DIE SDGs**

Die Kriege und globalen Krisen überschatten auch die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele SDGs. Die „Halbzeit-Bilanz“ der Agenda 2030 im Herbst 2023 fiel ernüchternd aus: Nur 15 % der Ziele, die sich die internationale Staatengemeinschaft 2015 vorgenommen hat, entwickelten sich so wie geplant. Von den mangelnden Erfolgen sind fragile Länder in Sub-Sahara Afrika besonders betroffen. Ein Problem liegt neben den ungünstigen Rahmenbedingungen darin, dass die Akteur:innen bei der Umsetzung von Transformationsprozessen der Logik eines top-down-Verständnisses folgen.

8

Zahlreiche Fälle zeigen, dass bottom-up-Zugänge, die an lokalen Bedürfnissen und Wissensbeständen ansetzen, besser funktionieren. Für Sub-Sahara Afrika lässt sich nachweisen, dass Erfolge bei Armutsbekämpfung und Ernährungssouveränität sowie bei Gewaltprävention und Konfliktbeilegung erreichbar sind. Mit anderen Worten: Eine verstärkte Hinwendung zu lokalen Ansätzen ist notwendig. Allerdings greifen lokale Maßnahmen nur dann nachhaltig, wenn sie in nationale Sicherungssysteme und internationale Unterstützungsstrukturen eingebettet sind.

Ansätze, die an lokales Wissen anknüpfen, sind häufig aussichtsreicher bei Gewaltprävention und Armutsbekämpfung

➤ **SOZIAL GERECHTE VORBEREITUNG AUF DIE FOLGEN DER GLOBALEN ERDERWÄRMUNG**

Der Klimawandel schreitet voran und erreicht alarmierende Ausmaße, die auch die Umsetzung der SDGs behindern. Das Jahr 2023 war nachweislich das wärmste Kalenderjahr der globalen Temperaturaufzeichnungen seit 1850 und lag bereits 1,48 Grad Celsius über dem vorindustriellen Mittel (→ EU Copernicus 2023). Den beispiellosen Temperaturanstieg begleiteten extreme Wetterereignisse, die von Waldbränden, Dürren und Hitzewellen bis hin zu Überschwemmungen, Starkniederschlägen und extremen Stürmen reichten. Europa erwärmt sich von allen Kontinenten der Erde am schnellsten (→ EEA 2024). Schon heute gehört Deutschland zu den Ländern mit dem höchsten Wasserverlust weltweit (→ Bundesregierung 2023). Auf dem bisherigen Pfad – selbst wenn alle derzeitigen Klimaschutzzusagen aller Staaten der Welt bis 2023 umgesetzt werden – steuert die Erde auf eine Erwärmung von knapp drei Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts zu (→ UNEP 2023). Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius ist aktuell nicht plausibel.

Für Frieden und Sicherheit in der Welt hat die Erderwärmung vielfältige negative Auswirkungen. Ernährungssicherheit und menschliche Sicherheit sind gefährdet, wenn etwa Ernteausfälle und steigende Nahrungsmittelpreise mit Fluchtbewegungen und Vertreibung zusammenkommen. Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise, weil sie Ungleichheiten verschärft und ärmere Menschen sich schlechter vor den Folgen des Klimawandels schützen können. Und auch Europa ist bislang nicht ausreichend auf Klimarisiken vorbereitet. Neben einer drastischen Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen ist es aus friedenspolitischer Sicht dringend erforderlich, Anpassungsmaßnahmen an die nicht mehr vermeidbaren Folgen der globalen Erwärmung voranzutreiben.

Die Klimakrise bedroht Frieden und Sicherheit in vielen Ländern

➤ AUFRÜSTUNG EINHEGEN

Nicht zuletzt durch den Ukrainekrieg stiegen die Rüstungsausgaben 2023 weltweit stark an. Deutlich wird, dass neue Technologien zu Veränderungen auf dem Gefechtsfeld führen: Unbemannte Waffensysteme und Künstliche Intelligenz ermöglichen neue Formen der Kriegführung. Sie erhöhen die Reaktionsfähigkeit und tragen so zu Eskalationsrisiken bei. Internationale Regeln für Entwicklung und Einsatz dieser Technologien sind darum dringend geboten, politisch aber zurzeit wenig wahrscheinlich. Der verstärkte Einsatz von Cyberangriffen zeigt zudem, wie wichtig der Schutz von IT-Netzen und kritischen Infrastrukturen ist.

9

Angesichts dieser Entwicklungen und der Drohungen Russlands, im Krieg mit der Ukraine Nuklearwaffen einzusetzen, werden Debatten über eine europäische oder sogar deutsche nukleare Abschreckungskapazität geführt. Beide Optionen sind unrealistisch und kontraproduktiv, da sie mehr Unsicherheit als Sicherheit schaffen würden. Einer deutschen Nuklearbewaffnung stehen nicht nur nationale Gesetze und internationale Verträge entgegen, sie würde auch den europäischen Zusammenhalt gefährden und die internationale Lage weiter destabilisieren. Eine europäische nukleare Streitmacht würde schon an der Notwendigkeit scheitern, nationale Souveränitätsrechte für eine effektive Kommandostruktur aufgeben zu müssen. Wichtiger als solche Scheindebatten ist die (Wieder)Herstellung nuklearer Glaubwürdigkeit. Diese sollte aber nicht mit neuen Waffensystemen und Einsatzszenarien erreicht werden, sondern durch Schutzgarantien innerhalb des Nordatlantikpakts (NATO) und ein gemeinsames Auftreten im Bündnis wie zuletzt gegenüber Putins Nukleardrohungen im Oktober 2022.

Eine europäische oder deutsche Nuklearbewaffnung würde mehr Unsicherheit als Sicherheit schaffen

Der Verzicht auf eine eigene deutsche oder europäische Nuklearooption bedingt, dass die Bundesregierung hohe Ausgaben in die konventionelle Verteidigung einplant – Stichwort Zeitenwende. Daher wird es auf absehbare Zeit nicht um Abrüstung gehen, sondern innenpolitisch um die Konsolidierung dieser höheren Rüstungsausgaben, außenpolitisch um die Stabilisierung in Zeiten zunehmend konfrontativer Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle kann in dieser Lage ein wichtiges Element sein, indem sie die militärische Abschreckung ergänzt, zur strategischen Stabilität beiträgt und teure Rüstungswettläufe einhegt.

Gleichzeitig dürfen andere Politikfelder nicht vergessen werden. Die sozial verträglichen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel bedürfen finanzieller Anstrengungen seitens der Bundesrepublik, ebenso wie der soziale Zusammenhalt. Schließlich haben – gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Krisen und Konflikte – die Friedenskapazitäten, die in der Bundesrepublik vorhanden sind, eine zentrale Bedeutung.

DEN FRIEDEN NICHT AUFGEBEN

Je mehr die militärische Logik das Handeln und Denken dominiert, desto schwerer haben es diplomatische Ansätze für Frieden durchzudringen. Wie wir schon in den letzten Friedensgutachten zur Lage in der Ukraine dargelegt haben, stellen sie aber keine Gegensätze dar, sondern müssen klug verzahnt werden.

Erfolgreiche Friedensverhandlungen sind selten, und nicht jede Form von Verhandlungen wird Frieden für die Ukraine und Europa bringen. Vier Faktoren können dennoch Aufnahme und Erfolg von Friedensverhandlungen begünstigen: die Frage des Zeitpunkts, die Rolle von Dritten sowie die Modularisierung und das Design von Friedensverhandlungen und -abkommen.

Beide Konfliktparteien, vor allem Russland aber auch die Ukraine, zeigen derzeit kaum Bereitschaft für offene Verhandlungen. Westliche Verbündete können Verhandlungschancen durch unterschiedliche Maßnahmen erhöhen. Dazu zählt, den Druck auf Russland durch militärische Unterstützung wie auch Sanktionen aufrechtzuerhalten, um die Plausibilität eines militärischen Siegs auch in Russlands Perspektive zu zerstören. Nur dann wird sich Russland auf Verhandlungen einlassen.

Die Verbündeten der Ukraine müssen den Druck auf Russland aufrechterhalten

Aussichtsreiche Verhandlungen bedingen aus Sicht der Ukraine belastbare Sicherheitsgarantien, wobei das bisherige Sicherheitsabkommen Deutschlands eher eine Bemühensverpflichtung darstellt und nachgehärtet werden muss. Auch Form und Inhalte künftiger Verhandlungen sollten jetzt bereits vorbereitet und alles daran gesetzt werden, die internationale Unterstützung für einen Friedensprozess zu stärken, vor allem durch die Einbindung zentraler Akteure wie China oder Brasilien.

Die Wahrscheinlichkeit eines umfassenden Friedensvertrags ist dennoch gering, möglich sind aber schrittweise Vereinbarungen, die einzeln überprüfbar sind und dadurch das Zutrauen der Parteien in den Prozess stärken.

Ein zentrales Problem jeglicher Verhandlungen im Ukraine Konflikt sind die russischen Gebietsansprüche. Eine vorübergehende Internationalisierung im Sinne einer Treuhandschaft, im Idealfall koordiniert durch den VN-Treuhandrat, könnte Zeit gewinnen, um eine Friedenslösung langfristig auf den Weg zu bringen. Zugleich ist dieses Modell mit großen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen verbunden, nicht zuletzt aufgrund der Größe der Territorien. Auch ist klar, dass die Sondierung territorialer Optionen nur im Rahmen eines zukünftigen umfassenden Verhandlungsprozesses erfolgen darf, bei dem die Ukraine als souveräner Staat zentraler Bestandteil ist. Schließlich ist beim Timing einer Treuhandschaft zu beachten, dass durch sie nicht ungewollt Fakten geschaffen werden, die schwer rückgängig zu machen sind.

DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Neben dem äußeren ist der innere Frieden nicht zuletzt in Demokratien gefährdet. In vielen Ländern erzielen autoritäre, teils extremistische Parteien in Umfragen und Wahlen neue Erfolge. Auch in Deutschland lässt sich eine Normalisierung autoritärer und extremistischer Weltbilder in breiteren Bevölkerungsgruppen beobachten. Neben klassischen, vor allem rechten Extremismen zeigen sich vermehrt komplexe Ideologien, Akteurskonstellationen und Aktivitäten, die sich nicht eindeutig in die etablierten Kategorien einordnen lassen. Dies wird durch multiple Krisen befördert, beruht aber auch auf gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen und konfliktverschärfenden Dynamiken in den sozialen Medien.

11

Mit Kritiker:innen – ob in der Klimabewegung oder bei Bauernprotesten – sollte der Dialog gesucht werden. Die Akzeptanz der Grund- und Menschenrechte sowie demokratischer und rechtsstaatlicher Normen bleibt Voraussetzung dafür. Die Politik muss soziale Missstände und Unzufriedenheit innerhalb demokratischer Gesellschaften ernst nehmen und sich dabei sichtbar gerade um die Anliegen sozial schwächerer Gruppen bemühen.

Gleichzeitig sollten demokratische Akteur:innen keine Kooperationen mit extremistischen und autoritären Gruppen eingehen und nicht deren Argumentationsmuster und Sprachbilder übernehmen. Das Demokratiefördergesetz der Bundesregierung sollte zügig beschlossen und umgesetzt werden, um in der aktuellen Situation eine planbare Finanzierungsgrundlage für Demokratieförderung, politische Bildung und Extremismusprävention zu schaffen. Darüber hinaus sollten demokratische Institutionen gestärkt und geschützt werden, um ihre Unabhängigkeit auch bei wechselnden Mehrheitsverhältnissen sicherzustellen. Parteienverbote als schärfstes Schwert einer „wehrhaften Demokratie“ sollten hingegen mit großer Zurückhaltung erwogen werden.

Demokratische Akteur:innen sollten nicht mit extremistischen und autoritären Gruppen zusammenarbeiten

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Frieden liegt in vielen Teilen der Welt heute in weiter Ferne. Wege zum Frieden sind häufig nur schwer erkennbar, gleichzeitig bleibt die Eskalationsgefahr bestehender Kriege und Konflikte hoch. Zudem gibt es kaum noch partnerschaftliche Ansätze zur dringend notwendigen Gestaltung drängender globaler Fragen. Die demokratischen Institutionen zahlreicher Länder sind nachhaltig geschwächt, während autoritäre und populistische Tendenzen weltweit zunehmen. Drei Orientierungspunkte schlagen wir in dieser Welt ohne Kompass vor: erstens eine konsequente Ausrichtung an Völkerrecht und internationaler Gerichtsbarkeit; zweitens die Einhegung von Rivalität durch Rüstungskontrolle und gemeinsames Risikomanagement; drittens die Vorbereitung von Verhandlungen und Sicherheitsgarantien auch in solchen Situationen, in denen kurzfristige Erfolge wenig wahrscheinlich sind. Mit anderen Worten: Eine Neubesinnung auf Kernprinzipien des Multilateralismus! Sie ist nicht zuletzt erforderlich, um bei der Bewältigung der Folgen der Klimakrise und bei der Erreichung der SDGs voranzukommen und diesen zentralen Menschheitserfordernissen gerecht zu werden.

Autor:innen

Dr. Claudia Baumgart-Ochse

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Christopher Daase

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Tobias Debiel

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Ursula Schröder

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Quellenverzeichnis

Bundesregierung 2023: Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung, in: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/das-monitoringbericht_2023_bf_korr.pdf; 25.04.2024.

European Environmental Agency (EEA) 2024: European Climate Risk Assessment report, in: <https://www.eea.europa.eu/publications/european-climate-risk-assessment/european-climate-risk-assessment-report-unedited/view>; 25.04.2024.

EU Copernicus 2023: Press Release for Global Climate Highlights 2023, in: <https://climate.copernicus.eu/copernicus-2023-hottest-year-record>; 25.04.2024.

United Nations Environment Program (UNEP) 2023: UNEP Emissions Gap Report 2023, in: <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2023>; 25.04.2024.

